

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dieter Arnold AfD**

vom 09.11.2023

- mit Drucklegung -

Auswirkungen des geplanten Rückführungsverbesserungsgesetzes

Der durch die Bundesregierung beschlossene Entwurf des geplanten Rückführungsverbesserungsgesetzes soll eine schnellere und effiziente Rückführung nicht bleibeberechtigter Personen gewährleisten und zu einer konsequenteren Durchsetzung der Ausreisepflicht führen.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Hält die Staatsregierung die von der Bundesregierung geplanten Rechtsänderungen für ausreichend, um schnellere Rückführungen zu gewährleisten?
 1. Wenn ja, weshalb hat sich die Staatsregierung nicht bereits früher für eine solche Rechtsänderung ausgesprochen?
 2. Wenn nein, welche darüber hinausgehenden Maßnahmen oder Änderungen sieht die Staatsregierung als notwendig an, um die Ziele höherer Rückführungsquoten zu erreichen?
2. In welchem Maß wird sich die derzeit geringe Rückführungsquote durch die Gesetzesänderung erhöhen?
3. Wie kann zukünftig sichergestellt werden, dass sich abgelehnte Asylbewerber der Abschiebung nicht mehr entziehen können?
4. Wie viele Haftplätze sind im Freistaat Bayern für den Fall eines Ausreisegewahrsams vorhanden?
 1. Wie viele der unter Punkt 4. abgefragten Haftplätze sind derzeit belegt?